

WÜRDEVOLLER ABSTIEG?

DEUTSCHLAND UND EUROPA IN DER WELTNEUORDNUNG

Autor: Daniel Marwecki

Der Wandel der Weltordnung ist mittlerweile so sehr in aller Munde, dass das Sprechen über ihn seine eigenen Klischees produziert. So kamen in den letzten Jahren nur wenige Kommentatoren des globalen Zeitgeschehens ohne ein Zitat des italienischen Marxisten Antonio Gramsci aus, der aus einer Gefängniszelle davon schrieb, dass eine alte Welt im Sterben liege, die neue aber noch nicht geboren sei. Eine solche Übergangszeit, so Gramsci, sei eine „Zeit der Monster“.¹

Eine andere abgenutzte Einsicht, die durch ihre Wiederholung ebenfalls nicht falscher wird, ist jene, dass das von Francis Fukuyama postulierte „Ende der Geschichte“ dem nachfolgenden Weltverlauf nicht entsprach. Im Sommer 1989, kurz vor dem Mauerfall, schrieb der bis dato unbekannte Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums Fukuyama einen Artikel, der ihn über Nacht berühmt machen sollte. Fukuyama argumentierte, dass mit dem marktwirtschaftlichen und demokratischen Nationalstaat das bestmögliche Modell des politischen Gemeinwesens gefunden worden sei. Deswegen sei es auch nicht mehr nötig, sich über die Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens auf fundamentale Weise zu streiten. Wenn die Geschichte aus-erzählt ist, muss man über ihren Verlauf auch keine Kriege mehr führen.

Nun geht die Geschichte nicht nur weiter, sie erscheint auch vollkommen offen. Und es ist nicht nur unklar, wohin die aktuelle Übergangszeit führt, sondern auch, ob sie aktuell überhaupt irgendwohin führt. Es mag nämlich sein, dass der gefühlte und reale Umbruchzustand vorerst die neue Normalität bleibt. Sicher hingegen scheint, dass Geschichte immer weniger dort gemacht werden wird, wo man gewohnt war, über ihren Verlauf zu bestimmen, nämlich im Westen.

In diese Verunsicherung und in dieses Geschichtsentsgleiten hinein macht sich in Deutschland und Europa ein Weckruf breit, der seinerseits droht, zu einem Klischee zu werden. Nämlich der, dass man zu lange mit den falschen Mächten gute Geschäfte gemacht und sich sicherheitspolitisch zu sehr auf die USA verlassen habe. Nun sei es hin-

Abstract

Der viel beschworene Wandel der Weltordnung lässt sich als Prozess abnehmender Dominanz des Westens mit offenem Ausgang beschreiben. In jüngsten Ereignissen und Entwicklungen wie dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, dem Ausscheren vieler aufstrebender nicht westlicher Länder aus der Sanktionspolitik und dem Gazakrieg manifestiert sich sowohl seine schwindende Macht als auch sein Niedergang als moralisches Ideal. US-Präsident Donald Trump agiert dabei in mehrfacher Hinsicht als Zerstörer der alten liberalen Ordnung, zu der es auch nach seiner Amtszeit kein Zurück geben wird. Der parallel verlaufende Aufstieg Chinas zu einem bedeutenden Zentrum ökonomischer und politischer Machtverteilung erscheint als Rückkehr zum historischen Normalzustand. Deutschland und Europa sollten nicht den Fehler begehen, auf diese von Unsicherheit geprägte Phase der Multipolarisierung allein mit einer unkoordinierten Aufrüstungsinitiative sowie kulturellen und geopolitischen Überlegenheitsfantasien zu reagieren. Mittlerweile werden auch innerhalb Europas positivere Visionen entwickelt, die Verteidigungsfähigkeit mit der Einpassung in eine sich noch ausformende Weltordnung verbinden.

gegen an der Zeit, wieder „realpolitisch“ oder sogar „geopolitisch“ zu denken und entschlossene Wiederaufrüstung zu betreiben.²

Womöglich droht gerade die Bundesrepublik etwas Entscheidendes zu übersehen: dass Rüstungsanstrengungen keine politische Idee einer lebenswerten Zukunft ersetzen können. Die gar nicht so neue Grundidee dieses Beitrags ist, dass die Zukunft der Weltordnung eine multipolare sein wird – und dass die deutsche und europäische Außenpolitik konkrete und umsetzbare Vorstellungen davon entwickeln müssen, wie sich Europa in einer Welt nach der westlichen Vorherrschaft positionieren möchte.

Das Ende vom Ende der Geschichte

Wann endete das Ende der Geschichte? Vielleicht mit den Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 und den anschließenden Kriegen im Nahen Osten. Diese Kriege scheiterten nicht nur daran, aus Ländern wie Afghanistan und Irak liberale Demokratien nach eigenem Bilde zu machen. Auch legten sie, erneut, doch nicht zum letzten Mal, einen Graben zwischen liberalem Selbstbild und zerstörerischer außenpolitischer Realität offen. In wirtschaftlicher Hinsicht sank der westliche Stern um dieselbe Zeit. Die Finanzkrise von 2008 führte in eine Rezession, die die alten Ökonomien des Westens stärker traf als die der aufsteigenden Länder. Westliche Wachstumsraten konnten nicht mehr an ihr Vorkrisenniveau anknüpfen, während jene der Entwicklungsländer hoch blieben. Seitdem sinkt der westliche Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung kontinuierlich.³

Ein jüngeres Datum, an dem sich der westliche Machtverlust manifestierte, ist der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022, auch wenn es sich zunächst gar nicht danach anfühlte. Das bereits totgesagte westliche Militärbündnis der NATO gewann mit Schweden und Finnland neue Mitglieder hinzu. Die ukrainische Widerstandsfähigkeit und anfängliche Felderfolge überzeugten sogar die Zweifler im damaligen Kanzleramt, dass es nicht nur wünschenswert, sondern

auch möglich sei, den russischen Angreifer zurückzuschlagen. Der Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke schrieb nach einem Jahr Krieg in einem Zeitungsbeitrag: „Die *imperial nostalgia*, die man den russischen Machteliten nachsagt, trifft auf der Gegenseite auf eine eigene, ihrer selbst noch nicht vollständig bewusste Art von Nostalgie. Sie richtet sich auf die vergangene Zukunft des Liberalismus als Weltmodell und universale Doktrin.“⁴ Der von Fukuyama vor über dreißig Jahren konstatierte Geschichtserfolg des liberalen Modells – sollte er sich dank der Ukraine doch noch realisieren? Befeuert von einem Kriegspathos, dem der eigene Mitteleinsatz kaum entsprach, sah man in London, Brüssel und im Washington von Joe Biden beinahe schon dem Ende Putins entgegen, doch bemerkte dabei kaum, dass man sich mit dieser Wahrnehmung in einer globalen Minderheit befand. Erzählt wurde der Verteidigungs-

Erzählt wurde der Verteidigungskampf der Ukraine von westlicher Seite weniger als ein Ringen um staatliche und nationale Souveränität gegen einen imperialistischen Aggressor, sondern als Kampf für die Demokratie gegen Diktatur und Unterdrückung

kampf der Ukraine von westlicher Seite dabei weniger als das, was er ist, nämlich ein Ringen um staatliche und nationale Souveränität gegen einen imperialistischen Aggressor – eine Interpretation, die auch außerhalb der westlichen Weltminderheit für mehr Anklang gesorgt hätte –, sondern als Kampf für die Demokratie gegen Diktatur und Unterdrückung. Gewissermaßen holten vergangene Sünden den Westen hier ein. Denn die USA konnten sich schwerlich auf die Charta der Vereinten Nationen stützen, deren zentrales Nichtangriffsgebot Russland so eklatant verletzt, hatten sich die USA doch selbst mehrfach über dieses Gebot hinweggesetzt.

Ein großer Teil der nicht westlichen Weltmehrheit verurteilte den russischen Völkerrechtsbruch zwar per Votum in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Doch an den Sanktionen gegen Russland oder an Waffenlieferungen für die Ukraine beteiligten

sich seither nur diejenigen Staaten, die man gemeinhin zum Westen zählt. Vor zwanzig Jahren, vielleicht weniger, hätte dies womöglich ausgereicht, um Russland in die Knie zu zwingen. Heute hat Russland vor allem in China und Indien, aber auch in Brasilien, Südafrika und anderen Ländern wirtschaftliche und politische Alternativangebote.

Dass die westliche Sanktionspolitik somit weit hinter der erhofften Wirkung zurückbleibt, ist nur einer von vielen Indikatoren für einen Prozess, den auch die eben genannten Länder als „Multipolarisierung“ der Weltordnung be-

***Im viel zitierten Globalen Süden
mag Multipolarität auch nach einem
Versprechen auf eine fairere und
demokratischere Welt klingen, die zu
lange vom Westen dominiert wurde***

zeichnen würden. Gemeint ist damit ein Nein zu westlicher Vorherrschaft und ein Eintreten für eine Welt mit mehreren und alternativen Machtzentren. Gleichzeitig polarisiert der Begriff der Multipolarität innerhalb der politischen Debatte, nicht zuletzt in Deutschland.⁵ Nicht wenige nutzen ihn als antiwestlichen Kampfbegriff, weswegen prowestliche Dominanzverteidiger in ihm vor allem eine abzuwehrende Drohgebärde sehen.

Dass eine Welt nach der westlichen Vorherrschaft sich ausformt, ist allerdings zunächst ein möglichst nüchtern zu observierender Fakt, unabhängig davon, welchen Namen man dieser Entwicklung gibt. Ein Fakt, gegenüber dem Europa und Deutschland ihre Politik ausrichten sollten. Ob diese Welt nach dem Westen eine sein wird, vor der man sich zu fürchten hat, ist dabei, wie so oft, eine Frage der Perspektive. Vor 1914 war Europa ein multipolares Staatensystem. Das Scheitern dieses Systems führte in den Ersten Weltkrieg. Das ist der wesentliche Grund dafür, warum das Wort „Multipolarität“ in Europa wie eine unheilvolle Drohung klingt. Im viel zitierten Globalen Süden ist das anders. Dort mag Multipolarität auch nach einem Versprechen auf eine fairere und demokratischere Welt klingen, die zu lange vom Westen dominiert wurde.⁶

Beinahe schon spiegelbildlich zum russischen Einmarsch in die Ukraine ordnen sich die globalen Positionen seit dem 7. Oktober 2023 zum Gazakrieg. Nach dem Massaker der Hamas im Süden Israels waren es vor allem die USA, gefolgt von der Bundesrepublik und Großbritannien, die Israels Vorgehen in Gaza durch Waffenlieferungen und diplomatischen Rückhalt unterstützten. Die Zerstörung Gazas ist eine Wirklichkeit, der sich die deutsche Öffentlichkeit lange entzogen hat, doch zu der die Bundesregierung das Ihre beigetragen hat. Alex Lo, langjähriger und als prochinesisch geltender Kolumnist der Hongkonger Zeitung *South China Morning Post*, schrieb dazu im Mai 2025 in fast schon triumphierendem Tonfall, dass die westliche Welt in Gaza auch ihr eigenes Grab gegraben hätte. Zwar würde der Westen als geografischer und politischer Teil der Welt noch weiter existieren. Als moralisches Ideal sei er jedoch gestorben – und das ganz ohne das Zutun von Xi Jinping oder Wladimir Putin, die das Ende der westlich dominierten Ordnung begrüßten.⁷

**Donald Trump: Abstiegs-
manager des Westens?**

In Deutschland wird das Ende der westlich dominierten Ordnung hingegen vor allem mit einem Namen verbunden: Donald Trump. Für die deutsche Öffentlichkeit war die Wiederwahl Trumps zum Präsidenten der USA im Herbst 2024 ein Schock. Danach wurde in den Zeitungen lautstark das Ende des Westens verkündet, zumindest in der Form, wie wir ihn kannten. Deutschland und Europa, war man sich einig, müssten nun alleine bestehen können. Der wenige Monate nach Trump gewählte Bundeskanzler Friedrich Merz verkündete in der traditionellen Elefantenrunde nach der Wahl, dass die Zeit außenpolitischer Abhängigkeit von den USA vorüber sei. Für einen flüchtigen Moment klang der gestandene Transatlantiker Merz wie der französische General Charles de Gaulle, der für das Nachkriegseuropa schon früh eine eigenständige weltpolitische Rolle gefordert hatte. Was man zuvor nur am linken oder rechten Ende des politischen Spektrums in Deutschland gehört

hatte, nämlich dass Deutschland in außen- und sicherheitspolitischen Fragen weniger souverän war, als es sich gab, ist aufgrund von Donald Trump über Nacht zur Mehrheitsmeinung geworden.

In einem seiner letzten Interviews wurde der 2023 verstorbene Henry Kissinger zu Donald Trump befragt. Kissinger, der seit seinem Wirken als Sicherheitsberater Richard Nixons während des Vietnamkriegs als Geostratege, Kriegsverbrecher oder beides galt, antwortete, dass Trump eine jener historischen Figuren sei, die mit der Scheinheiligkeit und den falschen Gewissheiten ihrer Zeit aufräumten und das Ende einer Epoche markierten. Das müsse nicht bedeuten, so Kissinger, dass Trump eine Alternative zur alten Ordnung anzubieten habe oder sich seiner historischen Rolle überhaupt bewusst sei. Es könnte auch alles ein Unfall sein.⁸

Trump als geschichtsgesandter Meister des Chaos und der Erneuerung? Es stimmt, dass er die unglaublich gewordenen Versprechen der liberalen Ordnung zu begraben weiß. Auf das gebrochene Wohlstandsversprechen globalisierter Marktwirtschaft antwortet er mit Zöllen. Auf die oft beklagte Scheinheiligkeit westlicher Außenpolitik antwortet er, indem er das Recht des Stärkeren und eng verstandenes, oftmals erratisches Eigeninteresse primär setzt. Er nimmt der westlichen Rolle in der Welt damit nicht nur den Schein, sondern auch den Anspruch auf Heiligkeit. Anders formuliert: Donald Trump löst das Problem außenpolitischer Doppelmoral, indem er dieser Außenpolitik die Moral gleich ganz wegnimmt.

Hinter Donald Trumps Wahlslogan *America First* steckt die Idee, dass die von den USA aufrechterhaltene internationale Ordnung ihrem Garanten mehr Kosten als Nutzen eingebracht hat. Vielleicht kann man es so formulieren: Die USA sind ein Imperium, das wieder lernt, als eine Nation zu denken. Doch *America First* bedeutet auch, dass ein sich stärker national verstehendes Amerika seine Vormachtstellung nicht einfach aufgeben wird. Vielleicht sollte man deshalb vorerst von einer Schrumpfung oder Verschlankung des hegemonialen Ordnungsmodells in Richtung einer Reduktion auf einen transaktionalen Ansatz reden. Denn

eine militärische Dominanz der USA ist immer noch gegeben und der Dollar immer noch die Leitwährung. Letztere sichert den USA bislang noch eine privilegierte Position im Weltmarkt und auf den Finanzmärkten. Für eine Schrumpfung spricht dagegen nicht nur, dass vormalige Allianzen abgeschwächt werden, sondern auch, dass die Soft Power in rasantem Tempo abgebaut wird, beispielsweise indem Entwicklungshilfen zusammengestrichen werden oder die USA reihenweise aus Organisationen der internationalen Zusammenarbeit austreten.

Nach Trump: Keine Rückkehr zur liberalen Hegemonie

Wer in Deutschland und Europa heute noch darauf hofft, dass auf vier Jahre Trump wieder ein Joe-Biden-Äquivalent ins Weiße Haus folgt, verkennet, dass auch unter der Demokratischen Partei die marktliberale Globalisierung nicht mehr das Regierungsmodell und Europa auf der amerikanischen Prioritätenliste nach unten gerutscht ist. Auf Trump I (2017–2021)

Donald Trump löst das Problem außenpolitischer Doppelmoral, indem er dieser Außenpolitik die Moral gleich ganz wegnimmt

folgte mit Joe Biden ein Präsident, der die Politik seines Amtsvorgängers in wichtigen Punkten fortsetzte. Ein Punkt nimmt auf der weltwirtschaftlichen Landkarte und in den Vorstellungen der Politikgestalter in Washington viel Raum ein: China. In seiner Kongressrede nach den ersten einhundert Tagen Amtszeit im April 2021 verkündete Joe Biden, dass man sich mit China in einem „Wettbewerb um das 21. Jahrhundert“ befinde. Zu diesem Zweck setzte seine Administration die Strafzölle gegen China fort, die Donald Trump zuvor erlassen hatte. Hinzu kamen industriepolitische Maßnahmen wie beispielsweise der CHIPS Act oder der Inflation Reduction Act, die sich als Versuche verstehen lassen, der amerikanischen *working class* den hegemonialen Wett-

bewerb mit China als Reindustrialisierung des Landes zu verkaufen, während man gleichzeitig versucht, chinesisches Wachstum in Hochtechnologiesektoren einzudämmen.

Während der zweiten Amtszeit von Donald Trump eskaliert die unter Joe Biden verschärfte Wirtschaftsivalität mit China im Rahmen eines Zollkriegs, dessen Ausgang noch unbestimmt ist. Festhalten aber kann man, dass es seit 2016 eine hervorstechende Kontinuität während der wechselnden Amtszeiten von Trump zu Biden und zurück zu Trump gibt. Sie besteht in dem Versuch, den Aufstieg Chinas zu begrenzen und die dominante Position der

gen Zufällen zu tun hat. Erst im Nachhinein wirkt dieser Aufstieg wie die Umsetzung eines lang gehegten Plans.

Gleichwohl ist die Rede vom „Aufstieg“ Chinas falsch. Bei einem Land, das bis zu seinem Niedergang im 19. Jahrhundert stets ein Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens gewesen war, sollte man eher von „Wiederaufstieg“ reden. Über die Jahrhunderte hinweg hat China im Durchschnitt immer etwa ein Viertel der Menschheit auf sich vereint. Die heutige Rezentrierung Chinas scheint wie eine Rückkehr zum regulären Weltverlauf. Der relative Abstieg des Westens wirkt wie eine Bewegung zurück zu einer historischen Norm, in der der indische Subkontinent und China Zentren ökonomischer und politischer Machtverteilung bilden.

Um diesen Wiederaufstieg nachzuvollziehen, ist es sinnvoll, sich einmal die chinesische Position im globalen Wirtschaftsgefüge anzuschauen. Als China 2001 der Welthandelsorganisation beitrug, stellten die USA die dominierende Handelsmacht dar. Laut dem australischen Lowy-Institut waren die USA damals für 80 Prozent der Staaten ein wichtigerer Handelspartner als China. Das Verhältnis hat sich umgedreht. Heute handeln ungefähr 70 Prozent der Staaten weltweit mehr mit China als den USA.¹⁰ Das bedeutet nicht weniger als eine fundamentale und dauerhafte Restrukturierung der Weltwirtschaft. Am eindrücklichsten ist dieser Wandel auf dem afrikanischen Kontinent zu beobachten. China ist heute der mit Abstand größte Handelspartner Afrikas. Im Jahr 2003 war China nur für 18 afrikanische Länder ein wichtigerer Handelspartner als die USA. Heute sind es 52 von 54 afrikanischen Ländern, die beinahe die gesamte Fläche des Kontinents umfassen.¹¹

China ist die global dominierende Handelsmacht, weil das Land über die mit Abstand größte industrielle Basis der Welt verfügt. Die Volksrepublik stellt beinahe ein Drittel aller Industriegüter der Welt her, Tendenz steigend. Das ist mehr als Deutschland, Japan, Südkorea und die USA zusammen. Diese enormen Zahlen erklären, warum China der unangefochtene Exportweltmeister ist und wohl auch bleiben wird. Die chinesischen Exporte in die USA betrugen 2024 das Dreifache

Die aktuelle Großmachtrivalität zwischen den USA und China ist der Konflikt, der vor allen anderen darüber bestimmt, wie eine Welt nach dem Westen aussehen wird

USA zu verteidigen.⁹ Zwar stimmt es, dass bereits der vormalige Präsident Barack Obama eine „Wende nach Asien“ verkündet hatte. Doch damals schien das amerikanisch-chinesische Verhältnis im Vergleich zu heute freundlich. Die aktuelle Großmachtrivalität zwischen den USA und China ist der Konflikt, der vor allen anderen darüber bestimmt, wie eine Welt nach dem Westen aussehen wird – und wie friedlich der Weg zu einer solchen Welt verläuft.

Der chinesische Wiederaufstieg

Der chinesischen Aufstiegsgeschichte haftet etwas Rätselhaftes an. Und je mehr man sich mit diesem Aufstieg befasst, desto stärker wird dieser Eindruck. Einzelne Faktoren sind leicht benennbar: Landreform, Industriepolitik, das Aufsaugen von technologischem Wissen auswärtiger Firmen, die rasante Entwicklung des Bildungssystems und der Infrastruktur, die schiere Bevölkerungsgröße. Dennoch lässt sich dieser Aufstieg nicht in ein in sich stimmiges und auf andere Länder übertragbares Entwicklungspaket zusammenschnüren. Es handelt sich vielmehr um eine Erfolgsgeschichte, die viel mit Improvisation und eini-

dessen, was die USA nach China exportierten. Im Falle der Europäischen Union exportiert China doppelt so viel, wie es einführt.¹² Der chinesische Handelsüberschuss betrug für das vergangene Jahr 1,2 Billionen US-Dollar. Ein Rekord, den China trotz trumpistischer Zollpolitik aufstellte.

Eine multipolare Gegenwart?

Die soeben nur grob skizzierte chinesische Wirtschaftsmacht verleitet nicht wenige Kommentatoren dazu, bereits jetzt von einer „multipolaren“ Weltordnung zu sprechen. Dabei handelt es sich aber um eine komplizierte Frage, wie der Blick auf den gegenwärtigen Nahen Osten zeigt. Trotz aller offensichtlichen Planlosigkeit zeigt das US-amerikanische Vorgehen gegen das iranische Regime, dass die USA in militärischer Hinsicht die einzige Supermacht bleiben, die ihre militärische Kraft weit jenseits der eigenen Landesgrenzen projizieren kann. Weder bei den Luftschlägen gegen das iranische Atomprogramm im Juni 2025 noch gegen das iranische Regime im Frühjahr 2026 waren Russland oder China aus verschiedenen Gründen willens oder fähig, Iran militärischen Beistand zu leisten.¹³

Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI betrug im Jahr 2025 der amerikanische Anteil an den weltweiten Militärausgaben 33 Prozent. China gibt am zweitmeisten für Rüstung aus und kommt auf 12 Prozent, Russland auf 6,6 Prozent, gefolgt von Deutschland mit 3,9 Prozent.¹⁴ Hinzu gesellen sich um die 750 über die Welt verteilte militärische Einrichtungen und Militärbasen der US-Streitkräfte. China verfügt offiziell hingegen nur über eine Militärbasis außerhalb der Volksrepublik, und zwar in Djibouti, am Horn von Afrika. In Kambodscha unterhält es möglicherweise eine zweite. Schon an diesen Zahlen zeigt sich, dass es verfrüht wäre, von einem Ende amerikanischer militärischer Vormacht zu sprechen. Gerade im militärischen Bereich ist man von einer bereits existierenden „multipolaren“ Welt gleichstarker Pole weit entfernt. Eher trifft vielleicht die Rede von einer sich „multipolarisierenden“ Welt zu, in der Akteure wie Russland oder vor allem China zusehends in der Lage sind, regio-

nale, aber keine weltumspannenden Hegemonien im Sinne der USA aufzubauen.¹⁵

Etwa in diesem Sinne argumentiert Hugh White, langjähriger Professor an der Australian National University und gefragter Sicherheitsexperte. Im Juni 2025 hat er einen langen und viel beachteten Essay vorgelegt, in dem er ausführt, dass die sicherheitspolitische Multipolarität sowohl in Europa als auch in Ostasien anbricht. Nicht nur sei China, so White, im Vergleich zur Sowjetunion

Gerade im militärischen Bereich ist man von einer bereits existierenden „multipolaren“ Welt gleich starker Pole weit entfernt. Eher trifft vielleicht die Rede von einer sich „multipolarisierenden“ Welt zu

ein wirtschaftlich mindestens gleichwertiges Gegenüber. Weil Chinas militärisches Sicherheitsdenken regional begrenzt ist und sich vor allem auf Taiwan und das Südchinesische Meer bezieht, ist China den USA auch auf militärischer Ebene insofern gleichwertig, als die USA einen eventuellen Krieg fernab der eigenen Küste führen müssten. Da die chinesischen Schiffsbaukapazitäten diejenigen der USA bereits jetzt um Längen übersteigen, spielt die Zeit für China. Natürlich weiß niemand, wie sich die Volksbefreiungsarmee in einem Krieg schlagen würde. Die letzte, recht kurze bewaffnete Auseinandersetzung – 1979 mit Vietnam – war eher blamabel. Heute dürfte es anders sein.

Europa neu denken

Was soll die Rolle Europas in einer Welt sein, in der die amerikanische Vormacht und der liberale Ordnungsanspruch abnehmen, aber eine alternative Form der Unipolarität nicht in Sicht ist? Aktuell wird gerade in Deutschland und Europa auf die Umbrüche der Gegenwart vor allem mit einem Mittel reagiert: Aufrüstung. Für eine Abwesenheit von Krieg, die auf mehr beruht als auf dem erhofften Abschreckungseffekt von militärischer Macht, interessieren sich in der deutschen Öffentlichkeit aktuell nur wenige.

Natürlich wäre es fahrlässig, die auch in diesem Essay angesprochenen Tatsachen zu leugnen: In Russland gibt es an der Ostgrenze des politischen Kontinents namens Europa spätestens seit der Invasion der Ukraine einen Feind, der nicht immer einer war und keiner bleiben muss, es aber vorerst bleiben wird. Im Westen haben die USA ihre Rolle als wohl-tätiger Hegemon aufgegeben, die sie nicht für alle, aber für die Länder Europas gespielt haben. Eingenommen haben sie diese Rolle allen voran für die Bundesrepublik Deutsch-

***Um Russland abschrecken zu können,
ist Verteidigungsfähigkeit zwar vonnöten.
Diese aber stellt sich in Europa nicht
als Ausgabenproblem, sondern als ein
Koordinationsproblem dar***

land, Gnadengeburt des Kalten Krieges, die sich in einem zunehmend postamerikanischen Zeitalter zur Neuerfindung gezwungen sieht. Blicken wir wieder und weiter nach Osten, gibt es dort mit China eine neu-alte Supermacht, die Deutschland den Rang als dominante Industrienation abgelaufen und in den Zukunftstechnologien abgehängt hat. All das mag stimmen, und auch, dass damit die Probleme Deutschlands und seiner Nachbarn noch nicht einmal erschöpfend beschrieben sind: Klimakrise, Migrationsfrage, die Revolution in der künstlichen Intelligenz oder der Abschied vom Liberalismus im Inneren der westlichen Gesellschaften. Dennoch oder gerade deswegen stellt sich die Frage, ob man

dem hier umrissenen Geschichtsmoment nicht mehr abgewinnen kann als eine Rüstungsoffensive, die so ganz ohne ein der Zukunft zugewandtes Narrativ auszukommen scheint.

Bleiben wir zuerst bei der militärischen Frage. Die territoriale Integrität der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wird von China nicht, von den USA halbherzig (Grönland) und von Russland glaubhaft bedroht. Um Russland abschrecken zu können, ist Verteidigungsfähigkeit zwar vonnöten. Diese aber stellt sich in Europa nicht als Ausgabenproblem, sondern als ein Koordinationsproblem dar. Wie der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze mittels Daten von SIPRI vorgerechnet hat, haben die europäischen NATO-Mitglieder in der vergangenen Dekade über drei Billionen US-Dollar in ihre Rüstung investiert. Das ist wesentlich mehr als Russland in derselben Zeit. Der wesentliche Unterschied ist, so Tooze, dass Russland eine einheitliche und gezielte Rüstungsproduktion aufweisen kann, während die europäische fragmentiert und ineffizient ist.¹⁶ Unter aktuellen Bedingungen bedeutet eine Vermehrung der europäischen Rüstungsausgaben vor allem Umsatzsteigerungen für nationale und amerikanische Rüstungsindustrien. Das Ziel müsste aber lauten, effiziente Verteidigungsfähigkeit bei bestehendem Mitteleinsatz herzustellen. Dessen ungeachtet einigten sich die Bündnismitglieder kurz vor dem NATO-Gipfel Ende Juni 2025, ihre Rüstungsausgaben bis 2035 auf 5 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung zu erhöhen, wobei 1,5 Prozent davon für den Ausbau von militärwichtiger Infrastruktur vorgesehen sind. Das ist das Doppelte des globalen Durchschnitts. Länder, die nicht akut in einen Konflikt involviert sind, geben laut SIPRI in der Regel weniger als 2 Prozent ihres BIP für Rüstung aus.

Im Zusammenhang mit einem militärisch stärker integrierten Europa wäre eine Idee zu diskutieren, die ebenfalls nicht neu ist. Nämlich die eines strategisch autonomen und blockfreien politischen Kontinents, von dem man in Paris schon lange redet und in dessen Richtung die aktuelle spanische Regierung Schritte geht, die man in Berlin scheut.

Der Autor



Daniel Marwecki ist Dozent für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft und öffentliche Verwaltung der Universität Hongkong. Zuvor lehrte er an den Universitäten Leipzig und Leeds sowie an der SOAS University of London, wo er auch promovierte. Er verfasst Essays und Kommentare für Zeitschriften und Zeitungen wie „Le Monde Diplomatique“, „taz“ u. a. und ist Autor der Bücher „Die Welt nach dem Westen“ (2025) und „Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson“ (2024). Nächstes Jahr erscheint von ihm ein Buch über die Rolle Europas in der postwestlichen Weltordnung.

So hat der spanische Regierungschef Pedro Sánchez im Gegensatz zu deutschen Regierungen die Völkerrechtskonformität des Gazakriegs früh und entschlossen angezweifelt. Bei der Weltmehrheit dürften die Töne aus Madrid besser ankommen. Auch hat sich Spanien zum völkerrechtswidrigen und politisch unsinnigen Krieg im Iran früh kritisch geäußert, während Regierungschef Friedrich Merz schon im Juni 2025 in diesem Zusammenhang von „Drecksarbeit“ sprach, die die USA und Israel für den Westen machen würden.

Und auch in der Zukunftsfrage schlechthin ist die sozialdemokratische Regierung in Madrid dem europäischen Mainstream einen Schritt voraus. Erneuerbare Energien nehmen in der spanischen Stromproduktion einen größeren Anteil ein als in der deutschen, während der Anteil an Kohle in der spanischen Energieversorgung deutlich geringer ist als in Deutschland.¹⁷ Die Krise um die Straße von Hormus hat die Notwendigkeit der Energiewende nochmals unterstrichen.

Was die Position gegenüber China angeht, so hielt Premierminister Sánchez an der renommierten Tsinghua-Universität in Peking eine Rede, in der es vermochte, eine pointierte Kritik an den chinesisch-europäischen Beziehungen auf eine Weise zu verpacken, die in chinesischen Regierungskreisen auf offene Ohren statt verletztem Stolz stoßen dürfte. So erkannte Sánchez die Realität einer multipolar werdenden Welt an, würdigte China als die Großmacht, die es die längste Zeit seiner Geschichte immer gewesen ist, und lobte Chinas rhetorisches Eintreten für eine multilaterale und regelbasierte Welt. Allerdings, so Sánchez mit Blick auf die russische wirtschaftliche Abhängigkeit von China, müsse Peking seine Macht verantwortungsvoll einsetzen und mehr unternehmen, um die Kriege der Gegenwart zu beenden. Neben der Enge der russisch-chinesischen Beziehungen ist das zweite große europäische Problem mit China das enorme Handelsbilanzdefizit. Auch dieses sprach Sánchez als ein strukturelles Problem an, das es auf dem Weg zu verbesserten Beziehungen zu lösen gelte, wobei er wachsende Kooperation im Bereich der Energiewende in Aussicht stellte.¹⁸

Eine neue Erzählung

Die hier nur angerissene Idee von Europa, die Blockfreiheit und Nichtaggressivität bei gleichzeitiger Verteidigungsfähigkeit ins Zentrum stellt, könnte zu einer Vision führen, die einer Welt nach dem Westen gerecht wäre. Die an den historischen Realitäten orientierte politische Strategie sollte auf ein würdevolles Abstiegsmanagement und die Einpassung in eine sich noch ausformende Weltordnung ausgerichtet sein statt auf Kulturkampf und alte Überlegenheitsfantasien.¹⁹ Hier lässt sich von der Welt außerhalb des Westens lernen. Gerade die Staaten Südasiens sind schon länger darin geübt, zwischen den Machtpolen USA und China zu balancieren und dabei das Beste für sich selbst herauszuholen, während sie gleichzeitig versuchen, Konflikte auf nicht militärische Weise zu lösen.²⁰ Diese Zukunftsvorstellung ist weder radikalpazifistisch noch kriegsfreudig. Noch deutet wenig darauf hin, dass diese Idee in Deutschland viel Gehör finden wird. Die Politik müht sich, den Graben zwischen Rhetorik und Kriegsfähigkeit zu schließen, indem sie Rüstungsausgaben in die Höhe schnellen lässt. Das Gegenteil wäre besser: Anpassung des Tonfalls an die eigenen Kräfte. Denn Rüstung ohne eine positive Vision von Zukunft könnte sich im Nachhinein als Kriegsvorbereitung herausstellen. Eine Zukunftsvision für eine lebenswerte Welt nach der westlichen Vormacht zu entwerfen ist eine der vordringlichsten politischen Aufgaben unserer Zeit.

1 Von Lucke, Albrecht (2025): Die Zeit der Monster und die Ära der Verheerung. In: Blätter für Internationale Politik, Januar. Es handelt sich hier um eine ungenaue Übersetzung des italienischen Originals, wie auch von Lucke erklärt. Statt von Monstern spricht Gramsci von Morbiditätssymptomen oder Krankheitserscheinungen in der Zeit des Interregnums.

2 Für eine eindringliche Kritik gerade der „Geopolitik“ siehe Schlichte, Klaus (2026): Das Elend der Geopolitik. Hamburg.

3 Heather, Peter und Rapley, John (2023): Why Empires Fall. Rome, America and the Future of the West. London, S. 10.

4 Koschorke, Albrecht (2023): Die Tage des Westens sind gezählt. In: Die Zeit, 3. März. www.zeit.de/2023/10/weltordnung-westen-krieg-ukraine (Stand aller Internetquellen: 21. Mai 2026).

5 Siehe hierzu auch eine aktuelle Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik über „Multipolaritäten – Die Ordnungsvorstellungen der Anderen“, zu finden unter www.swp-berlin.org/10.18449/2026S07/.

6 So formuliert es beispielsweise der amtierende indische Außenminister S. Jaishankar, nachzuhören in einem Interview an der Asia Society in Delhi vom 27. März 2025, online abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=gVigX-WMbek>.

7 Lo, Alex (2025): The Western World has Already Dug its Own Grave in Gaza War. In: South China Morning Post, 11. Mai.

8 Luce, Edward (2018): Henry Kissinger: 'We are in a very, very grave period.' In: Financial Times, 20. Juli. <https://www.ft.com/content/926a66b0-8b49-11e8-bf9e-8771d5404543?syn-25a6b1a6=1>.

9 Tooze, Adam (2024): Facing war in the Middle East and Ukraine, the US looks feeble. But is it just an act? In: The Guardian, 10. Oktober.

10 Diese Zahlen und faszinierende Visualisierungen finden sich unter <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/china-versus-america-global-trade>.

11 Nachzulesen beim Carnegie Endowment unter <https://carnegieendowment.org/carnegie-africa-program-newsletter/should-africa-brace-for-trumps-tariffs?lang=en>.

12 Leahy, John et al. (2025): How China's Record Trade Surplus Helped Spark Trump's Tariff War. In: Financial Times, 9. April. <https://www.ft.com/content/926a66b0-8b49-11e8-bf9e-8771d5404543?syn-25a6b1a6=1>.

13 Allein dieser Umstand zeigt, dass es sich bei der von manchen auch prominenten Außenpolitikern postulierten „CRINK“-Allianz aus China, Russland, Iran und Nordkorea eher um den Versuch einer Wiederbeschwörung vergangener neokonservativer Schreckgespenster handelt. Wenngleich die Rede von einer geschlossenen Viererallianz nicht überzeugt, so ist natürlich dennoch wahr, dass gerade Iran und Nordkorea Russland direkte militärische Unterstützung geleistet haben.

14 Stockholm Peace Research Institute (2026): Trends in World Military Expenditure. Fact Sheet, April. https://www.sipri.org/sites/default/files/2026-04/2604_millex_2025.pdf.

15 Dazu auch der bekannte deutsche Politikwissenschaftler Volker Perthes mit seinem jüngsten Titel (2026): Die Multipolarisierung der Welt. Berlin.

16 Tooze, Adam (2025): Chartbook 389: Europe's zombie armies. Or how to spend \$3.1 trillion and have precious little to show for it. 8. Juni. <https://adamtooze.substack.com/p/chartbook-389-europes-zombie-armies>.

17 Siehe dazu die Länderprofile auf der Webseite der International Energy Agency: www.iea.org/.

18 Ein Transkript sowie eine Einschätzung der Rede finden sich auf dem lesenswerten Sinica-Substack von Kaiser Kuo. Siehe online unter: <https://www.sinicapodcast.com/p/pm-pedro-sanchez-tsinghua-speech>.

19 Derlei Fantasien hat etwa Marco Rubio auf der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz geäußert – und dafür Standing Ovationen geerntet. Eine Übersetzung der Rede findet sich unter www.handelsblatt.com/politik/international/usa-die-rede-von-us-aussenminister-marco-rubio-im-wortlaut/100200376.html.

20 Ein eigenes Kapitel zu dieser Weltregion, dem ASEAN-Bündnis, seinen Besonderheiten und spezifischen Herausforderungen findet sich im bereits erwähnten Buch von Perthes, Volker (2026), s. Endnote 15, S. 246–276.

DOI: 10.48701/opus4-935

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Die gesamte Ausgabe „Europas Sicherheit im Wandel der Weltordnung“ finden Sie hier: <https://www.ethikundmilitaer.de/ausgabe/01-2026/overview>